Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Gaben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 159. | Dresden, Donnerstag den 12. Juli 1917. | 28. Jahrg.

Die Ankündigung des gleichen Wahlrechts.

wtb. **Berlin, 11. Juli.** (Amtlich.) **Se. Majestät der König hat an den Präsidenten des Staatsministeriums den folgenden Erlaß gerichtet:**

Auf den mir in Befolgung meines Erlasses vom 7. April d. J. gehaltenen Vortrag meines Staatsministeriums bestimme ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzentwurf über die Wahlen zum Abgeordnetenhause nach den Grundsätzen des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die Vorlage ist so zeitig fertigzustellen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie hierdurch, das Erforderliche zu veranlassen.

Großes Hauptquartier, 11. Juli 1917.

(gez.) **Wilhelm R.**

An **den Präsidenten des Staatsministeriums Dr. v. Bethmann-Hollweg.**

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt hierzu: Der neue Erlaß schafft in einer Frage volle Klarheit, die in der Osterbotschaft zunächst offen gelassen war; die Frage, ob die Reform neben der direkten und geheimen Wahl noch ein Pluralwahlrecht oder das gleiche Wahlrecht vorzusehen hat, ist nun in letzterem Sinne entschieden worden. Damit ist dem Staatsministerium ein bestimmter Weg für die Aufstellung der Vorlage vorgezeichnet worden, über die nun der Landtag zu beschließen haben wird. Indem der König in diesem seinem Entschluß seinen Willen kundgibt, bekräftigt er sein festes Vertrauen in unser Volk, das so Glänzendes vollbracht hat. Es ist ein Entschluß von entscheidender Bedeutung für Preußen und für Deutschland, den Se. Majestät mit der Zeichnung des Erlasses vollzogen hat. Daß der Akt, der aus dem gewaltigen Geschehen der letzten Zeit die notwendigen Folgerungen zieht, für Krone und Volk von dauerndem Heile sein wird, ist unsere feste Zuversicht.

*

Damit wäre ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Neuorientierung getan, die mit der Osterbotschaft des Kaisers angebahnt worden ist, ein Schritt, der aber in der gegenwärtigen Situation das deutsche Volk nicht befriedigen kann. Es ist richtig, der Kaiser hat jetzt das gleiche Wahlrecht versprochen. Aber über den Zeitpunkt der Einführung dieses Wahlrechts ist nichts Sicheres gesagt. Es soll zur Einführung gelangen, ehe die nächsten Neuwahlen zum preußischen Landtag stattfinden. Da es aber ganz unabsehbar ist, wie lange der Krieg noch währt und wie lange infolgedessen die gegenwärtige Legislaturperiode des preußischen Landtags dauert, so steht damit über den Zeitpunkt noch nichts fest, an dem die preußische Regierung ihr Versprechen durchführen wird.

Und dann der preußische Landtag. Das Herrenhaus kann die Regierung durch einen Pairschub gefügig machen. Aber das Dreiklassenhaus, wird das bereit sein, das gleiche Wahlrecht anzunehmen? Konservative und Freikonservative haben dort [illegible] allein die Mehrheit und bei aller Königstreue dieser [illegible] wissen wir doch, daß sie jederzeit bereit sind, auf die Worte ihres Herrn und Königs zu pfeifen, wenn durch die Erfüllung einer königlichen Verheißung an der Machtstellung ihrer Kaste gerüttelt wird. Voraussichtlich werden in der Wahlrechtsfrage die Konservativen im preußischen Landtag bei dem dort sehr zahlreichen Teil der Nationalliberalen, der sich als Beauftragter der schwerindustriellen Magnaten fühlt, vielleicht auch von einem Teil des Zentrums unterstützt werden. Was soll dann geschehen, wenn das Dreiklassenhaus das gleiche Wahlrecht ablehnt? Dazu kommt, daß möglicherweise der Durchführung des gleichen Wahlrechts noch von einer anderen Seite Hindernisse erwachsen [illegible], wenn die Sache hingezogen wird. So meldet die [illegible] Rundschau, daß der Kronprinz, der sich zur Zeit in [illegible] befindet, ein Gegner der Bethmannschen Politik sei und [illegible] Reichskanzler schon bei der Mitteilung von der bevorstehenden Osterbotschaft seine schwersten Bedenken hinsichtlich [illegible] Politik ausgedrückt habe. Ob diese Nachricht richtig ist, [illegible] natürlich nicht feststellen, aber man weiß, daß schon [illegible] Kronprinz zu erkennen gab, daß ihm die politischen Anschauungen der Alldeutschen und Konservativen sympathisch sind. [illegible] ist der zukünftige König von Preußen. Man [illegible] deutschen Volke nicht zumuten, daß es sich jetzt [illegible] gibt. Es muß immer wieder [illegible] werden, daß die Verfassungsgeschichte [illegible] geradezu mit Versprechungen [illegible] [illegible] kann das Reichstagswahlrecht als Vorbild

nehmen. Eventuelle Verbesserungen werden später immer noch möglich sein. Zeigt sich der preußische Landtag widerspenstig, so muß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen.

Die baldige Durchführung des Versprechens ist schon deswegen notwendig, weil eine günstige Wirkung der Neuorientierung in Deutschland für den Ausgang des Krieges und die Herbeiführung des Friedens nur dann eintreten kann, wenn man im Ausland sieht, daß die Neuordnung in Deutschland nicht nur versprochen, sondern daß sie bereits Tatsache ist.

Wir wollen uns darüber keiner Täuschung hingeben, daß weder eine weitgehende Demokratisierung in Deutschland noch eine Erklärung der Bereitschaft Deutschlands zu einem Verständigungsfrieden eine Versicherung gegen den vierten Winterfeldzug sind. Die Machthaber in Frankreich und England sprechen zwar viel davon, daß sie für die Demokratie kämpfen. Aber das ist für sie nur ein Vorwand, um ihren Eroberungs- und Vernichtungsabsichten ein schönes Mäntelchen umzuhängen. Sie haben sich gar kein Gewissen daraus gemacht, zusammen mit dem despotischen Zarismus gegen die Zentralmächte zu kämpfen und sie werden auch gegen ein demokratisches Deutschland den Krieg fortsetzen wollen, wenn sie glauben, daß sie ihre Eroberungsziele erreichen könnten. Eine andere Frage aber ist, ob es ihnen dann noch gelingt, die Massen ihrer Völker immer wieder zu neuem Haß und neuen Opfern im Kampf gegen Deutschland aufzustacheln. Die Kriegsmüdigkeit bei den Völkern der uns feindlichen Länder ist zweifellos auch sehr groß. Eine baldige Durchführung der in Deutschland notwendigen Reformen wird dort die Friedensströmung stärken.

Das gilt natürlich besonders für Rußland. Schon liegt ein Telegramm aus Petersburg vor, aus dem hervorgeht, daß im Kongreß der Soldaten- und Arbeiterverbände die Nachrichten über die Vorgänge in Deutschland eine sehr starke Wirkung ausgelöst haben. Es soll bereits zu Anträgen gekommen sein, die die weiteren Beratungen ausgesetzt haben wollten, bis die Frage entschieden sei, ob der heutige Feind als demokratisches Volk noch Feind bleiben könnte. Unter diesen Umständen wäre es ungeheuer wichtig, wenn die Reform des preußischen Wahlrechts sofort durchgeführt würde. Bei den kolossalen Opfern, die das deutsche Volk in diesem Kriege an Gut und Blut gebracht hat, darf vernünftigerweise kein Mittel unbenutzt gelassen werden, das geeignet sein könnte, uns dem Frieden näher zu bringen. Darum sofort her mit dem gleichen Wahlrecht, und zwar nicht nur in Preußen, sondern auch in allen übrigen Bundesstaaten. Unerträglich wäre es, wenn etwa der sächsischen Bevölkerung mit ihrer hochentwickelten Bildung zugemutet werden sollte, sich jetzt noch mit einem ungleichen Wahlrecht zu begnügen.

Der Erfolg, den das Vorgehen der Reichstagsmehrheit in der Wahlrechtsfrage erreicht hat, muß für sie ein Ansporn sein, nicht in dem Bemühen zu erlahmen, auch die übrigen Forderungen durchzusetzen, die sie im Zahlteile des deutschen Volkes erhoben hat. Dieser Reichstag wird sich den heißen Dank des deutschen Volkes verdienen, wenn er unbeirrt durch das Gekläff der Konservativen und Alldeutschen seine Absichten verwirklicht, sich klar und deutlich für einen Verständigungsfrieden zu erklären und nicht von der Forderung absieht, daß in Zukunft die oberste Leitung der Staatsgeschäfte in den Händen von Männern liegt, die das Vertrauen der Volksvertretung genießen. Das deutsche Volk muß endlich die Leitung seiner Geschicke fest in die Hände nehmen. Das ist nach den ungeheueren Opfern, die es in diesem Kriege gebracht hat, sein gutes Recht.

Gesteigerte Feuertätigkeit im Osten.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. Juli 1917:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Angriff der Marine-Infanterie am 10. Juli stellt einen schönen, großen Erfolg dar; der Feind hatte Gegenangriffe nicht zu führen vermocht.

Die Kampftätigkeit der Artillerien war gestern in Flandern, vor allem südöstlich von Ypern, an der Artoisfront, bei Lens und Bullecourt gesteigert.

Mehrere Erkundungsunternehmungen wurden von uns erfolgreich durchgeführt.

Bei Monchy stürmten Stoßtrupps eines hanseatischen Regiments, unter wirkungsvoller Mithilfe von Flammenwerfern, eine Reihe englischer Gräben, aus denen eine größere Zahl von Gefangenen zurückgebracht wurde.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

In der West-Champagne und auf dem linken Maasufer entwickelten sich im Laufe des Tages heftige Feuerkämpfe. Einige Aufklärungsgefechte endeten günstig.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Nichts Wesentliches.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Wieder war bei Riga, Smorgon und Baranowitschi die Feuertätigkeit lebhaft. Auch bei Luzk und auf dem ostgalizischen Kampffelde schwoll sie zeitweilig zu erheblicher Stärke an. An der Schtschara wurden russische Jagdtrupps, am Stochod südöstlich von Kowel feindliche Teilangriffe zurückgewiesen.

Zwischen Dnjestr und Karpathen fühlten die Russen mit gemischten Abteilung gegen die Lomnica-Stellung vor. Bei Kalusz erreichten Vortruppen das Westufer des Flusses.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister: **Ludendorff.**

Ribot gegen die Volksabstimmung.

Paris, 11. Juli. (Reuter.) In einer Rede über Elsaß-Lothringen im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte **Ribot**, wir haben ein unverjährbares Recht auf Elsaß-Lothringen und können eine Volksabstimmung nicht zulassen.

*

Wann kommt das gleiche Wahlrecht?

Das Berliner Tageblatt schreibt:

Die Befriedigung über das Erreichte wird etwas gemindert durch die Fassung, die der Ankündigung gegeben ist. Die Vorlage soll „so frühzeitig" eingebracht werden, daß „die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden können". Das ist einigermaßen unklar ausgedrückt. Versteht man recht, so bleibt die Frage noch offen, ob die Vorlage schon in diesem Herbst eingebracht werden wird. Sie soll zum mindesten nicht bestimmt schon im Herbst, sondern vielleicht erst im Frieden kommen, und dann soll das preußische Abgeordnetenhaus über sie beschließen. Im preußischen Abgeordnetenhause, das vorläufig nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt ist, herrschen die Konservativen und die Schwerindustriellen, und bisher gab es, selbst während des Krieges, dort eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht nicht. Wird das im Frieden, wenn die Kriegsnot vorbei ist, anders sein? Zwei Wege gibt es, um diese Schwierigkeit zu umgehen: die Oktroyierung und einen Reichstagsbeschluß. Keinen dieser beiden Wege will man einschlagen, und im Volke dürfte sich ein nicht gerade unbegründeter Zweifel regen, ob der Weg, den man bevorzugt, ohne weiteres zu dem jetzt von der Krone selbst als notwendig erkannten Ergebnis führen wird. In den Begleitworten der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung heißt es, daß nun „volle Klarheit" geschaffen sei. Volle Klarheit über die Absichten des Monarchen und der Regierung gewiß, aber „volle Klarheit" über die Ausführung dieser Absichten wohl noch nicht.

*

Parteien und Regierung.

Ueber die Lage wird uns aus Berlin geschrieben:

Die Vertagung der Verhandlung über die Kreditvorlage wurde von einer großen, kompakten Reichstagsmehrheit beschlossen. Die Sozialdemokraten, Fortschrittler, Zentrum und Nationalliberalen stimmten geschlossen dafür, ebenso von den kleineren Parteien die Polen, die Elsaß-Lothringer und die Mehrheit der deutschen Fraktion. In der Opposition blieb allein das treue Brüderpaar Hase und Westarp, die vom Unabhängigen Ausschuß und die von der Unabhängigen Sozialdemokratie. Das war mehr als ein Symptom, ein Symbol: die großen Links- und Mittelparteien des Reichstags sind, obwohl die Nationalliberalen in der Friedensfrage abweichen, entschlossen, die künftige parlamentarische Mehrheit zu bilden. Die Bildung einer festen Reichstagsmehrheit ist tatsächlich vollzogen.

Die Beseitigung an der Reichstagsmehrheit, die die Bereitschaft des deutschen Volkes zu einem Frieden ohne Eroberung und Entschädigungen ausspricht, haben die Nationalliberalen nach langem Schwanken abgelehnt. Eine parteioffizielle Erklärung beharrt auf ihrer Forderung eines „Sicherungsfriedens", der Deutschlands Macht an Land und zur See über den Stand vor Kriegsbeginn hinaus vermehrt. Aber die Nationalliberalen machen daraus keine Kabinettsfrage, sondern finden sich damit ab, daß die Mehrheit des Reichstags entschlossen für einen reinen Ausgleichs- und Verständigungsfrieden eintritt; sie sind gleichwohl bereit, an einer neu zu bildenden parlamentarischen Regierung mitzuwirken. Uebrigens kommt auch nicht viel darauf an, weil auch ohne sie eine starke Reichstagsmehrheit